

Göttingen: Politik will bedrohte Zwangsarbeiter-Ausstellung unterstützen

Michael Brakemeier

Göttingen. Die Finanzierung der Ausstellung „[Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939 – 1945](#)“ ist ungewiss. Um die Stelle eines Bildungsreferenten ab 2025 zu finanzieren, müssten Stadt und Landkreis Göttingen einspringen. Bislang hatte die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (SnG) die Stelle komplett finanziert, kann ab 2025 aber nur noch die Hälfte der Kosten übernehmen.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Aus diesem Grund hat die Geschichtswerkstatt als Trägerin der Ausstellung entsprechende Förderanträge an die Verwaltungen von Stadt und Landkreis gestellt. Die Politik im Rat und Kreis muss darüber nun in den laufenden und bald anstehenden Haushaltsberatungen entscheiden.

Das sagen die Fraktionen im Kreistag

- **SPD:** Fraktionschef Thorsten Heinze kündigt an, sich in den kommenden Haushaltsverhandlungen für eine Förderung der Ausstellung seitens des Kreises einzusetzen. Sie sei ein „einzigartiges Angebot und in dieser Zeit wichtiger als je zuvor“. Der politischen Radikalisierung und dem politischen Rechtsruck könne nur entgegengewirkt werden, „wenn früh über die Verbrechen des NS aufgeklärt wird“, sagt Heinze. Hier leiste die Ausstellung gerade heute einen wertvollen Beitrag.
- **Grüne:** Auch die Grünen kündigen an, sich dafür einzusetzen, dass der Landkreis gemeinsam mit der Stadt Göttingen und vielleicht weiteren Partnern die anteilige Finanzierung sichert. Vor dem Hintergrund des Zunehmens rechter Gewalt seien Orte wie die Ausstellung wichtig – gerade auch als außerschulischer Lernort zum Thema Nationalsozialismus und Zwangsarbeit. In der Ausstellung sei sehr konkret zu erfahren, was das System Zwangsarbeit für den Einzelnen bedeutet habe und auch, dass diese „mitten unter uns, in unserer eigenen Nachbarschaft stattgefunden hat“.
- **CDU:** Die CDU im Kreistag will erst nach einer umfassenden Prüfung während der Haushaltsberatungen über einen Zuschuss des Kreises entscheiden. Erst dann könne der nötige Überblick über den finanziellen Spielraum gebildet werden. Auch will die CDU zunächst wissen, ob und in welchem Umfang die Stadt Göttingen sich an einer Finanzierung beteiligt. Die Wichtigkeit der Ausstellung betont aber auch sie: Sie spiele eine zentrale Rolle in der historisch-politischen Bildung des Landkreises Göttingen und sei besonders wichtig, „um jungen Menschen demokratische Werte und historische Zusammenhänge näherzubringen“.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

- **BSW:** Unterstützung bei der Finanzierung der Stelle kommt auch von der BSW-Fraktion. „Die Bedeutung der Ausstellung ist nicht hoch genug einzuschätzen: Mehrsprachig und aus einer europäischen Perspektive ist die Ausstellung, die einzige überhaupt in der Stadt und

im Landkreis Göttingen, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Opfer beschäftigt“, sagt Eckhard Fascher, Vorsitzender der BSW-Fraktion. Vor dem Hintergrund des „Wegsterbens von Zeitzeugen“ und eines zunehmenden Rechtsextremismus gelte es, die Erinnerungen an die NS-Zeit wach zu halten.

Gerade in dieser Zeit, wo antisemitische Äußerungen wieder hoffähig geworden sind, muss das Geschehen der NS-Zeit wieder deutlicher in die Gesellschaft transportiert werden.

Ingrid Rüngeling, Freie Wähler

- **FDP:** „Ohne aktives Erinnern droht Vergessen“, sagt Thomas Carl Stiller für die FDP. Eine weitere Förderung der Ausstellung sei unerlässlich, „um der historischen Wahrheit ihren Platz zu sichern und sie stark im Gedächtnis des Heute und Morgen zu verankern“. Der Weckruf müsse von jeder Generation neu gehört und verinnerlicht werden. „Orte der Tat müssen erkennbar bleiben, wo es angefangen hat“, sagt Stiller. Daher werde die FDP die Förderung der Ausstellung unterstützen.
- **Freie Wähler:** „Gerade in dieser Zeit, wo antisemitische Äußerungen wieder hoffähig geworden sind, muss das Geschehen der NS-Zeit wieder deutlicher in die Gesellschaft transportiert werden“, sagt Ingrid Rüngeling von den Freien Wählern. Daher werde sich ihre Fraktion für eine Förderung der Ausstellung einsetzen.



Tageblatt Update

Was in Göttingen und Region heute wichtig ist und wichtig wird, erfahren Sie im Tageblatt-Update - täglich um 6 Uhr. Jetzt kostenlos anmelden.

Das sagen die Fraktionen im Rat der Stadt

- **Haushaltsbündnis:** Die Fraktionsvorsitzenden des Haushaltsbündnisses Olaf Feuerstein (CDU), Elvan Tekindor-Freyjer (SPD) und Thorben Siepmann (FDP) wollen den anstehenden Haushaltsberatungen nicht vorgreifen. Sie betonen, dass der Erinnerungskultur und der Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs eine wichtige gesellschaftliche Rolle zukomme. Sie würden „nichts unversucht lassen, um die bestmöglichen Lösungen für unsere Stadt und die Menschen, die in ihr leben, zu finden“.
- **Grüne:** Die Ratsfraktion kündigt an, sich in den Haushaltsverhandlungen für die Förderung der Ausstellung einzusetzen. Die Co-Fraktionsvorsitzende Susanne Stobbe betont die Verantwortung der Göttinger dafür, „dass die Grauen der NS-Zeit, die in Südniedersachsen begangen wurden, nicht in Vergessenheit geraten“. Die Förderung aktiver Erinnerungskulturen vor Ort spiele dabei eine zentrale Rolle. In Zeiten von Rechtsruck und Geschichtsrevisionismus am rechten Rand seien solche Ausstellungen wichtiger denn je, „um geschichtsverzerrenden Erzählungen mit Fakten entgegentreten“, erklärte Julian Schlumberger, Co-Fraktionsvorsitzender.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

- **Linke:** Die Linke-Ratsfraktion betont die Einmaligkeit der Göttinger Zwangsarbeiterausstellung. Stadt und Landkreis sollten bei der Finanzierung zusammenarbeiten. Der zentrale Standort der Ausstellung direkt in Göttingen müsse erhalten bleiben. Das Thema der Ausstellung dürfe angesichts eines Rechtsrucks in der Gesellschaft nicht zu den Akten gelegt werden. Rechtsextreme und nationalistische Strömungen versuchten oft, Geschichte zu verzerren und ein revisionistisches Geschichtsbild zu verbreiten, so die Fraktion. Diese Narrative schafften nicht nur Feindbilder, sondern trügen auch dazu bei, die Demokratie zu untergraben.

GT/ET